

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Soziale Dienste
Bearbeitet von: Georg Ritter

Siegen, 27.07.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss **08.09.2022**

Kurzbezeichnung:

Vergabe der Jugendgerichtshilfe

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die sogenannte andere Aufgabe der Jugendhilfe gem. § 2 Abs. 3 Nr. 6. SGB VIII Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz (§ 52 SGB VIII) einem Träger der freien Jugendhilfe zu übertragen.

Sachverhalt / Begründung:

Die Universitätsstadt Siegen beabsichtigt, die gesetzliche Aufgabe „Mitwirkung im Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz“ gem. § 52 Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) an einen anerkannten Träger der freien Jugendhilfe zu vergeben und ihm diese Aufgabe zur Ausführung übertragen.

Im Sinne des Gesetzes (§ 4 SGB VIII) soll die öffentliche Jugendhilfe mit der freien Jugendhilfe zum Wohl junger Menschen und ihrer Familien partnerschaftlich zusammenarbeiten. Sie hat dabei die Selbständigkeit der freien Jugendhilfe in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben sowie in der Gestaltung ihrer Organisationsstruktur zu achten.

Dabei können die Träger der öffentlichen Jugendhilfe anerkannte Träger der freien Jugendhilfe an der Durchführung ihrer Aufgaben nach den §§ 42, 42a, 43, 50 bis 52a und 53 Absatz 2 bis 4 beteiligen oder ihnen diese Aufgaben zur Ausführung übertragen. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe bleiben für die Erfüllung der Aufgaben verantwortlich (§ 76 SGB VIII).

Für den Arbeitsbereich Jugendgerichtshilfe (JGH) hat die Fa. INSO im Rahmen der von ihr durchgeführten Organisationsuntersuchung einen Stellenbedarf von 2,5 Vollzeitäquivalenten errechnet. Die entsprechenden Ergebnisse wurden in der Sitzung des JHA am 04.03.2021 (Vorlage 226/2021) vorgestellt. Mit dem Renteneintritt einer Mitarbeiterin der JGH zum

01.07.2022 ist dieser Stellenanteil nun erreicht. Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist nunmehr ein Personalvolumen erreicht, das eine qualitativ an den beschriebenen Prozessen orientierte Arbeit nur noch schwerlich sicherstellen kann. Durch übliche Abwesenheitszeiten allein infolge von Urlaub, Fort- und Weiterbildung und Krankheit kann im besten Falle gerade noch eine Vertretung gewährleistet werden. Für einen gewünschten Austausch mit Fachkollegen zur Fallberatung/-bewertung oder auch zur Diskussion und Beratung von Entwicklungen, Gesetzesänderungen, Handlungsbedarfen u.Ä. ist das Personalvolumen nicht mehr ausreichend.

Von daher soll diese Tätigkeit mit dem entsprechenden Personalvolumen an einen Träger der freien Jugendhilfe vergeben werden, der aufgrund seiner eigenen Tätigkeiten im Rahmen der Arbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen in der Lage ist, fachlich die Aufgabe der Mitwirkung im Verfahren nach dem JGG (Jugendgerichtshilfe) zu übernehmen und das für diese Aufgabe einzusetzende Personal in seine Teamstruktur einzubinden und zu entwickeln. Damit soll sichergestellt werden, dass diese Aufgabe, den definierten fachlichen Standards entsprechend umgesetzt werden kann und die dafür einzusetzenden Fachkräfte die notwendige organisatorische Einbindung und den fachlichen Austausch in einem arbeitsfähigen Team haben, ohne bei üblichen Abwesenheitszeiten in Nöte zu geraten.

Damit soll der Umsetzung der wichtigen Aufgabe der Jugendhilfe im Strafverfahren eine positive kollegiale und fachliche Perspektive eröffnet werden.

Der auszuwählende Träger muss im Rahmen des Vergabeverfahrens seine Expertise im Bereich der Arbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen ausführlich darlegen. Dabei wird eine mehrjährige professionelle und konzeptbasierte Arbeit, die die Kenntnis und Besonderheit der sozialen Gegebenheiten der Stadt Siegen und mit dem Personenkreis darlegt, vorausgesetzt. Erwartet wird daneben eine langjährige Erfahrung in der Zusammenarbeit mit dem Jugendstraengericht.

Für die Durchführung der Leistungen hat er eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle, die für die jungen Menschen mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist, im Stadtgebiet Siegen einzurichten und zu unterhalten.

Für die Durchführung der Aufgabe ist ein an den gesetzlichen Aufgaben, an definierten fachlichen Standards und an den vorliegenden Prozessbeschreibungen orientiertes Gesamtkonzept vorzulegen. Daneben wird ein Personalkonzept erwartet, in dem die Einarbeitung der Mitarbeitenden, die organisatorische Einbindung, die Teamentwicklung sowie Möglichkeiten der Fortbildung und Supervision darzustellen ist.

Die Leistungsverpflichtung soll zum 01.01.2023 beginnen und über den maximal möglichen Vergabezeitraum von 5 Jahren laufen.

Die bisherigen Mitarbeitenden in der Jugendgerichtshilfe können in anderen Arbeitsbereichen des GB 5 eingesetzt werden. Hier bieten sich aufgrund von Renteneintritten, Stellenmehrbedarf und Fluktuation verschiedene Möglichkeiten, die im Rahmen der Personalplanung und der persönlichen Weiterentwicklung erarbeitet und festgelegt werden können.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Georg Ritter
Abteilungsleiter 5/3

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

